

beraten und beschlossen

Bericht aus der Landessynode

V. Tagung der 24. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 24. bis 27. November 2009

Bischöfin will an Babykörbchen festhalten

Landesbischöfin Margot Käßmann will an einem Babykörbchen für Neugeborene festhalten. „Die Einrichtung hat in der Vergangenheit oft geholfen“, sagte sie in ihrem Bischöfinnenbericht. Der Deutsche Ethikrat sprach sich dagegen in Berlin für die Schließung sogenannter Babyklappen aus.

Käßmann sagte, sie plädiere auch weiterhin für die Möglichkeit der anonymen Geburt. Unerlässlich sei jedoch, dass sowohl Babykörbchen als auch anonyme Geburt in ein Netzwerk von weiteren Hilfen für Mütter in Not eingebunden seien.

Das von Käßmann und dem Diakonischen Werk 2001 gegründete Projekt „Mirjam – ein Netzwerk für das Leben“ für Mütter in Not unterhält neben einem Babykörbchen auch ein Notruf-Telefon für schwangere Frauen und verschiedene Beratungsstellen. Bisher seien bereits mehr als 10.500 Anrufe eingegangen. „Wir haben sehr bewusst ein Netzwerk zusammengestellt und nicht allein ein Babykörbchen installiert, denn es geht uns nicht um eine einzelne, isolierte Aktivität, sondern darum, Frauen und Mädchen aus ihrer Not zu helfen.“

Von neun Säuglingen, die anonym abgegeben wurden, seien sieben in dem Körbchen gefunden worden. Ein weiterer sei vor dem Friederikenstift abgelegt worden. Drei der Kinder lebten heute wieder bei ihren Müttern, die anderen in Adoptivfamilien. Das Schicksal eines tot aufgefundenen Neugeborenen habe viele bewegt, sagte Käßmann. Der Junge, dem Käßmann den Namen Mose gab, sei vom Netzwerk bestattet worden.



Präsident Schneider gratuliert der neuen Ratsvorsitzenden der EKD.

Im vergangenen Februar habe eine Frau im Friederikenstift eine Tochter geboren und den Säugling allein zurückgelassen, sagte Käßmann. Die Eltern hätten offenbar gewusst, dass ihre Tochter schwerbehindert sei. Das Mädchen, das die Bischöfin im Oktober auf den Namen „Mirjam“ taufte, lebe inzwischen in einem privat geführten Kinderheim. Es habe drei schwere Hirnschädigungen.

Mirjam erhalte neben fürsorglicher Pflege und familiärem Alltag alle Förderungen und medizinische Versorgung. „Das Netzwerk konnte hier Mutter und Kind nicht wieder zusammen führen, es konnte keine Familie finden, aber es hat ein kleines Mädchen aufgefangen, das fallengelassen wurde.“

Aus dem Inhalt

Landessynode beschließt
MedienServiceZentrum
Seiten 3 + 4

Debatte um Zukunft der
Konföderation
Seiten 6 + 7

Finanzkraft der Landeskirche
geht weiter zurück
Seite 11

Bischöfin: Medien sind Partner

„Die Medien sind unsere Partner, denen wir offen begegnen wollen“, sagte die Bischöfin zu ihrem Jahresthema „Medien“. Margot Käßmann warnte davor, den Medien zu schnell Sensationslust zu unterstellen.

Nach dem Suizid von Fußball-Nationalspieler Robert Enke, der unter Depressionen litt, sei es den Medien zu verdanken gewesen, dass die verschwiegene Krankheit zu einem gesellschaftlichen Thema wurde. Vielen Betroffenen sei es schwer gefallen, die richtigen Worte für ihre Trauer zu finden. „Wir dürfen als Kirche in einem Moment kollektiver Trauer nicht schweigen“, sagte Käßmann, die in der Marktkirche eine Trauerandacht gehalten hatte. Diese wurde live im Fernsehen übertragen.

Bei aller Kritik an den Medien, die manchmal Grenzen überschritten, seien Kirche und Medien aufeinander angewiesen. „Wir können als Kirche von den Medien lernen, dass wir in einer demokratischen Gesellschaft offen mit Informationen umgehen“,

sagte sie. Die Kirche könne den Medien wiederum „Inhalte vom gelingenden Leben“ bieten.

Um die christliche Botschaft öffentlich zu machen, sei die Kirche auch herausgefordert, eigene moderne Medien zu nutzen. Sie praktiziere das bereits erfolgreich. Als Beispiele nannte die Bischöfin die Internet-Talkreihe „12 Orte – 12 Gespräche“, die mit modernster Technik live übertragen werde, und die erfolgreiche Live-Berichterstattung über die Wahlen zum Rat der EKD im Internet. Das Evangelische MedienServiceZentrum sei ein Aufbruch, die Medienarbeit neu zu gestalten. Dies geschehe ganz im Sinne der Apostel Johannes und Petrus: „Wir können's ja nicht lassen, von dem zu reden, was wir gesehen und gehört haben.“

Was Synodale dazu sagen:

In der Aussprache wandte sich der Hamelner Superintendent Philipp Meyer gegen eine Umbenennung von Landessuperintendenten in Regionalbischöfe. „Hier wird etwas verstanden, was nicht ganz zutrifft.“ Protestanten hätten keine Bischofsweihe wie in der katholischen Kirche, sondern gingen vom Sakrament der Taufe aus. Es sei ein Verdienst der Reformation gewesen, den Bischofstitel abzuschaffen.

Landessuperintendent Detlef Klahr aus Aurich stritt dagegen vehement für den Titel Regionalbischof: „Warum sollen wir etwas, das über Jahrhunderte gewachsen ist, nicht für unsere evangelische Kirche in Anspruch

nehmen? Ein Bischof ist doch nichts Katholisches.“

Der Gifhorner Superintendent Michael Thiel verwies darauf, dass dieses Amt in den verschiedenen Landeskirchen unterschiedliche Namen habe.

Die Kinderkrankenschwester Anne Holtusen aus Rhaderfehn begrüßte Käßmanns Idee einer wandernden Synode im Sommer: „Das finde ich großartig.“

Die Wunstorfer Pastorin Susanne Briese-Köhler zeigte sich gerührt über das behinderte Baby Mirjam: „Wo wäre dieses Mädchen gelandet, wenn Sie nicht gesagt hätten: Wir nehmen uns seiner an?“, fragte sie an Käßmann gewandt.

Reise-Synode und Regionalbischöfe

Zehn Jahre nach ihrem ersten Bericht vor der Synode blickte Landesbischöfin Margot Käßmann dieses Mal zurück und nach vorn. Sie schlug in ihrem Bericht vor, die Jahresthemen der EKD zur Lutherdekade bis zum Reformationsjubiläum 2017 in der Landeskirche aufzunehmen. Dabei müsse es nicht jedes Jahr eine große Kampagne geben, das sei kaum zu bewältigen. Schwerpunkte könnten die Taufe (2011), Musik (2012) und Bibel (2015) sein, die größer gefeiert werden könnten.

In den zehn Jahren im Bischofsamt seien Vertrauen und Freundschaft entstanden. Es habe auch Konflikte und Krisen gegeben. „Aber vor allem gibt es ein Bewusstsein, miteinander auf dem Weg zu sein“, sagte die Landesbischöfin. Sie sei mehr als eine halbe Million Kilometer gefahren und gefahren worden und habe die Weite der Landeskirche vom Emsland bis zur Elbe, von Ostfriesland bis Osterode, von Stade bis Hannover Münden als große Bereicherung erlebt.

Die Bischöfin schlug vor, dass die Synode mit ihren Sommersitzungen künftig jeweils in einem der sechs Sprengel tagen könne. „Für den Zusammenhalt unserer Kirche kann es wichtig sein, ihr Parlament wahrzunehmen und vor Ort zu erleben.“

Käßmann regte weiter an, die Amtsbezeichnung der Landessuperintendenten zu überdenken. Dieser Begriff müsse immer wieder erklärt werden. „Wir sollten als Landeskirche überlegen, ob unsere Landessuperintendenten nicht auch offiziell den Titel Regionalbischof beziehungsweise Regionalbischöfin tragen sollten.“

„Kirche medial in die Welt bringen“

Jörn Surborg, Vorsitzender des Öffentlichkeitsausschusses, stellte der Synode das neue Evangelische MedienServiceZentrum vor.

Die Landeskirche baut von Januar an ein Evangelisches MedienServiceZentrum (EMSZ) auf. „Wir haben unsere Kommunikations- und Medienarbeit neu geordnet und zukunftsfähig aufgestellt“, sagte der Vorsitzende des Ausschusses für Öffentlichkeit, Medien und Kultur, Jörn Surborg aus Wolfsburg.

Der Journalist brachte das Aktenstück 26 zur künftigen Strategie der landeskirchlichen Medien- und Öffentlichkeitsarbeit ein. Das Ziel sei, den missionarischen Auftrag „Gelebte Kirche medial in die Welt bringen“ multiplikatorisch zu verbreiten und mit wirtschaftlichem Erfolg zu vereinen.

„Wir verzahnen – mit Ausnahme der hoheitlichen Funktion des Pressesprechers – die Öffentlichkeitsarbeit mit den Medien- und Serviceangeboten“, sagte Surborg. Das Lutherische Verlagshaus Hannover werde dafür ausgebaut.

Sein Buchverlag sowie die Print- und Hörfunk-Redaktionen der Evangelischen Zeitung, des Evangelischen Pressedienstes und des Evangelischen Kirchenfunks Niedersachsen werden mit anderen Bereichen vernetzt. Dazu gehören Internet-Angebote, ein Service-Bereich für Fundraising, die Öffentlichkeitsarbeit und die Fort- und Weiterbildung.

Das neue Haus könne seine Ziele mit den Haushaltsmitteln erreichen, die die Landeskirche und die Konföderation für die Medien zur Verfügung stellten. In Zukunft könne sich das Medienzentrum verstärkt auch anderen Kirchen in Niedersachsen als Dienstleister anbieten. Diese Verzah-



Jörn Surborg am Podium

nung von Medien- und Serviceangeboten werde immer wichtiger: „In den letzten Jahren hat die Herausforderung, zeitnah zu aktuellen Anlässen öffentlich wirksam als Landeskirche aufzutreten und Agenda-Setting zu betreiben, permanent an Bedeutung gewonnen“, sagte Surborg.

Am Beispiel der aktuellen Kampagne „Zukunft(s)gestalten“ werde die notwendige Zusammenarbeit von Kampagnenplanern mit den Medienfachleuten praktisch vorgeführt. Mit am Tisch saßen auch diejenigen, die Werbematerialien planten, die Sponser betreuten oder sich um Fördermittel bemühten.

Eine neue Chance gebe es auch für die „Evangelische Zeitung“. Sie werde ab dem 31. Januar mit der nordelbischen Kirchenzeitung unter dem Titel „Evangelische Zeitung“ erscheinen. Die Auflage werde dann 30.000 Exemplare betragen. Beteiligt sind auch Braunschweig und Oldenburg, die weiterhin eine eigenständige Regionalausgabe bekommen.

Käßmann: „Ich bin sehr glücklich“

„Ich bin sehr glücklich über das Aktenstück 26“, sagte die Landesbischöfin nach der erfolgreichen Abstimmung über das neue Evangelische MedienServiceZentrum (EMSZ): „Ich bin zutiefst überzeugt, dass das der richtige Weg für unsere Landeskirche ist, und dass wir ihn gemeinsam gehen.“

Zuvor hatte die Synode den Empfehlungen des Aktenstücks mit großer Mehrheit zugestimmt. Unter anderem soll der Ausschuss für Öffentlichkeit, Medien und Kultur die Arbeit des EMSZ begleiten. Mit dem Landeskirchenamt soll das EMSZ eine gemeinsame Immobilie für alle Abteilungen des Medienhauses prüfen.

Die Synode stimmte auch der Fortführung der „Evangelischen Zeitung“ in einem Kooperationsmodell mit der nordelbischen Wochenzeitung zu. Der Sperrvermerk über 400.000 Euro für die EZ wurde aufgehoben. Die Synode begrüßte eine mögliche Übernahme der Trägerschaft der EZ für ihren niedersächsischen Teil auf die Ebene der Konföderation – sofern sich die anderen Kirchen dafür entschieden.

„Ich vertraue auf das MedienServiceZentrum, auf die Pressestelle, auf das Rundfunkreferat und auch auf unsere Hanns-Lilje-Stiftung, dass wir Wege finden, das Gespräch zwischen Medienvertretern und Kirche nicht nur auf Interviews zu beschränken, sondern uns auch über unsere Verantwortung für die Gesellschaft zu verständigen.“

(Margot Käßmann zum Thema „Medien“)

Vetter: Service-Gedanke steht im Mittelpunkt

Überraschend, kommunikativ, evangelisch – so brachte Pastor Christof Vetter, Geschäftsführer des LVH, die Arbeit des neuen Evangelischen MedienServiceZentrums (EMSZ) auf den Punkt.

Im Zentrum solle der Service-Gedanke stehen: „Ein Service-Angebot in den Tageszeitungen ist heutzutage selbstverständlich, in den elektronischen Medien kaum noch wegzudenken.“

Deshalb solle der Arbeitsbereich Service verschiedene Aufgaben wie die Öffentlichkeitsarbeit und das Fundraising verbinden. Neben den sinkenden Einnahmen durch die Kirchensteuer müssten weitere finanzielle Quellen gefunden und genutzt werden: „Fundraising, eingebettet in das Mediengeschehen, eröffnet neue Möglichkeiten und hoffentlich auch schnell neue Märkte.“

Neu im EMSZ sei der Arbeitszweig der Mitgliederpflege und Mitgliedergewin-



LVH-Geschäftsführer Vetter

nung, sagte der Geschäftsführer: „Was ist mit dem, der gern wieder zur Kirche gehören will, aber – aus welchen Grün-

den auch immer – nicht zum Pfarramt gehen will?“ Hier könne zum Beispiel eine kirchliche Hotline sinnvoll sein.

Der Hamburger Medienberater Markus Steffen, der die Umgestaltung des Lutherischen Verlagshauses (LVH) begleitet, sagte, es gehöre zu einem modernen Service-Angebot, dass E-Mails schnell und zügig beantwortet würden und dass die Menschen eine Telefonnummer hätten, bei der sie anrufen könnten: „Aus einer Gemeinschaft, in der ich meine Fragen nicht mit mir selbst ausmachen muss, trete ich nicht so schnell aus. In eine Gemeinschaft, in der ich unkompliziert und direkt auf meine Fragen Antworten bekomme, trete ich auch wieder ein.“

Was Synodale dazu sagen:

Der Hamelner Superintendent Philipp Meyer unterstrich die Bedeutung der kirchlichen Internet-Arbeit. Das Internet sei „ein unentdeckter Kontinent, auf dem wir uns tummeln müssen“.

Die Wunstorfer Pastorin Susanne Briese-Köhler sagte: „Wir dürfen auf keinen Fall durch diese wunderbare mediale Aufbruchstimmung Gemeinden abhängen.“ So müsse es niedrigschwellige Fortbildungen zur Internet-Nutzung geben.

Der Kaufmann Eckart Richter aus Osterholz-Scharmbeck bezeichnete den Erhalt der „Evangelischen Zeitung“ als ein „Geschenk“. „Vor vier, fünf Jahren haben wir noch engagiert darüber gestritten.“ Er dankte der Bischöfin für die entscheidenden Weichenstellungen.

Der frühere Fernmeldeoberamtsrat Alwin Pfanne aus Aurich begrüßte es, dass sich die Kirche mit dem EMSZ deutlicher in der Öffentlichkeit profilieren wolle: „Es muss alles aus einem Guss sein“, sagte er. „Wir brauchen informierte Gemeindeglieder.“

Landeskirchenamtspräsident Burkhard Guntau erläuterte auf die Frage des Peiner Kirchenkreiskantors Christof Pannes, das EMSZ könne rechtlich als unselbstständige Einrichtung der Landeskirche geführt werden.

Der Lüneburger Landessuperintendent Hans-Hermann Jantzen warnte davor, die Öffentlichkeitsreferenten der Sprengel zu stark in die landeskirchliche Öffentlichkeitsarbeit einzubeziehen. „Wir müssen den Zugriff auf eine halbe Stelle behalten“, sagte er.

Sterne und Türme

Jörn Surborg bedankte sich bei den Mitgliedern des „Runden Tisches Medien“ und besonders für den Einsatz der Landesbischöfin. Margot Käßmann hatte den Runden Tisch im vergangenen Herbst zusammengerufen. Erstmals in der Geschichte der Landeskirche berieten Vertreter von Bischofsrat, Synode und Kolleg mit den verantwortlichen Medienschaffenden über eine Gesamtkonzeption für die Öffentlichkeitsarbeit. Surborg schloss mit einem Satz des verstorbenen Schauspielers Patrick Swayze: „Wer seine Ziele nicht an den Sternen festmacht, kommt nicht mal auf den Kirchturm.“

Pilotprojekt stößt auf Vorbehalte

Ein Pilotprojekt zur „Qualitätsentwicklung in Kirchengemeinden“ ist auf Vorbehalte in der Synode gestoßen. Dabei sollen ein Handbuch erstellt und Gemeinden ausgewählt werden, die das Projekt zwei Jahre lang erproben. Danach soll es flächendeckend eingeführt werden. 100.000 Euro wurden dafür vom Landessynodalausschuss nachträglich bewilligt, weitere 120.000 sollen aus anderen Quellen kommen. Superintendent Gerd Bohlen aus Rhaderfehn bezweifelte den Sinn des Projektes. „Woher kommt eigentlich so viel Misstrauen?“, fragte er. Das Projekt binde viel Zeit und Geld. Die Gemeinden dürften sich nicht zu viel mit sich selbst beschäftigen.

Der Kaufmann Eckart Richter aus Osterholz-Scharmbeck sagte: „Dann kommt Kontrolle pur.“ Es gehe darum zu kontrollieren, ob die Abläufe stimmten. In den vergangenen Jahren seien viele Instrumente in diese Richtung entwickelt worden wie die Dienstbeschreibung für Pastoren, die Jahresgespräche und die Neuordnung der Visitation.

Vizepräsident Arend de Vries trat diesem Eindruck entgegen: „Es geht darum, dass die Arbeit funktioniert, weniger Reibungsflächen hat und transparenter wird.“

Die Lehrerin Karin Aulike aus Reppenstedt bezeichnete das Projekt als eine „Arbeitsbeschaffungsmethode“. Es könne dazu führen, dass für Trauungen oder Beerdigungen künftig nur noch Gemeinden mit Qualitätssiegel angefragt würden. Sie mahnte an, dass ein solches Projekt zunächst in der Synode debattiert werden müsse, bevor die Haushaltsstelle um 100.000 Euro überschritten werde.

Unmut über Tag des Ehrenamts

Wertschätzung für Ehrenamtliche – das ist das Ziel des „Tages des Ehrenamtes“ am 4. September 2010 auf dem Messegelände in Hannover. Bei den Synodalen sorgte die geplante Veranstaltung mit rund 10.000 Teilnehmern wegen der Finanzierung jedoch für Unmut.

Die Kosten von insgesamt rund 750.000 Euro waren in den Haushaltsplänen für die Jahre 2009 und 2010 ursprünglich nicht vorgesehen, sondern wurden vom Landessynodalausschuss nachträglich bewilligt – das Kirchenparlament sah seine Finanzhoheit verletzt.

„Auf der einen Seite diskutieren wir über Einsparungen von 200.000 Euro, auf der anderen Seite werden Beträge von 750.000 Euro und mehr außerhalb der normalen Haushaltspläne bewilligt“, kritisierte Jens Rannenberghaus aus Gifhorn das Verfahren.

Es müsse ausgeschlossen werden, dass die Synode durch das Eingehen von quasi vertraglichen Verpflichtungen in ihrem Haushaltsentscheidungsrecht eingeschränkt werde. Auch die Kinderkrankenschwester Anne Holthaus aus Rhaderfehn und der Kaufmann Eckart Richter aus Osterholz-Scharmbeck betonten, dass planbare und vorhersehbare Ideen nur im Rahmen der Haushaltspläne abgewickelt werden dürften.

Landesbischofin Margot Käbmann bedauerte, dass die geplanten Ausgaben nicht der Synode direkt vorgelegt worden seien. Jedoch habe das Projekt in der Planung immer größere Dimensionen angenommen: „Man kann 10.000 Menschen nicht in Zelten unterbringen.“ Deswegen hätten bereits im Sommer entsprechende Mietverträge geschlossen werden müssen.

Die Geschäftsführerin Christine von Klencke aus Emmerthal und die Leh-

rerin Karin Aulike aus Reppenstedt regten an, viele dezentrale Tage des Ehrenamtes an einem einzigen Tag zu veranstalten. „Das würde weniger kosten und wäre auch nach außen wirkungsvoll“, sagte von Klencke.



Der Vizepräsident des Landeskirchenamtes, Arend de Vries, wandte dagegen ein, organisatorische Gründe sprächen für die Landeshauptstadt. Hier seien das Landeskirchenamt und das Haus kirchlicher Dienste ansässig, deren Mitarbeiter über mehrere Tage als Helfer und Organisatoren benötigt würden. Zudem werde bei einer zentralen Veranstaltung deutlich, wie groß die Zahl der Ehrenamtlichen sei. In einem Beschluss bat die Synode auf Anregung von Jens Rannenberghaus die Landesbischofin und das Landeskirchenamt um eine langfristige Eventplanung.

„Evangelische Kirche in Niedersachsen ist

„Die zeitnahe Bildung einer Evangelischen Kirche in Niedersachsen ist ungewiss.“ So fasste Präsident Burkhard Guntau den Diskussionsstand über eine einheitliche niedersächsische Kirche zusammen.

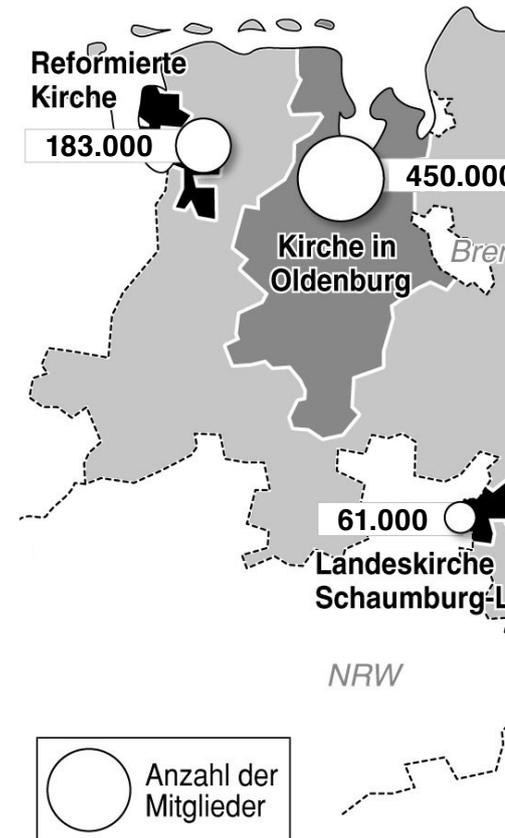
Noch zu Jahresanfang hatte der Ratsvorsitzende der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, der braunschweigische Bischof Friedrich Weber, eine gemeinsame Kirche als Ziel formuliert. Doch in den folgenden Monaten konnte dieser Vorschlag in den Synoden der kleineren niedersächsischen Kirchen keine Mehrheiten finden. Nur Hannover stimmte für die Initiative des Rats.

Ausführlich zeichnete Guntau die Entwicklung der vergangenen Monate nach und analysierte, warum die Nachbarkirchen Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe sowie die reformierte Kirche einen Zusammenschluss ablehnten.

Aus hannoverscher Sicht sei der künftige Weg nicht anders denkbar, als dass am Ende eine gemeinsame Kirche stehe, betonte Guntau: „Alle eventuellen Zwischenlösungen müssen die-

sem Ziel dienen.“ Der demografische Wandel erfordere einen wirkungsvollen Ausbau der Zusammenarbeit, sagte der Präsident und verwies dabei auf parallele Entwicklungen in Nord- und Ostdeutschland. Es gehe nicht um einen Anschluss kleinerer Kirchen, sondern um einen gemeinsamen Weg „auf Augenhöhe“. Wenn sich die anderen Kirchen nicht auf die Bildung einer gemeinsamen Kirche zu bewegen, solle der Konföderationsvertrag zum Ende 2014 gekündigt werden, schlug Guntau vor.

Es bestehe dann keine Notwendigkeit, den Aufwand einer eigenen Organisation mit Synode und Rat vorzuhalten. „Insgesamt würde die Beendigung der Konföderation für die hannoversche Landeskirche mehr Vorteile als Nachteile bringen.“ Die Synode beschloss, die Frage bis zum Sommer 2010 in mehreren Ausschüssen zu beraten.



Wichtiges in Kürze

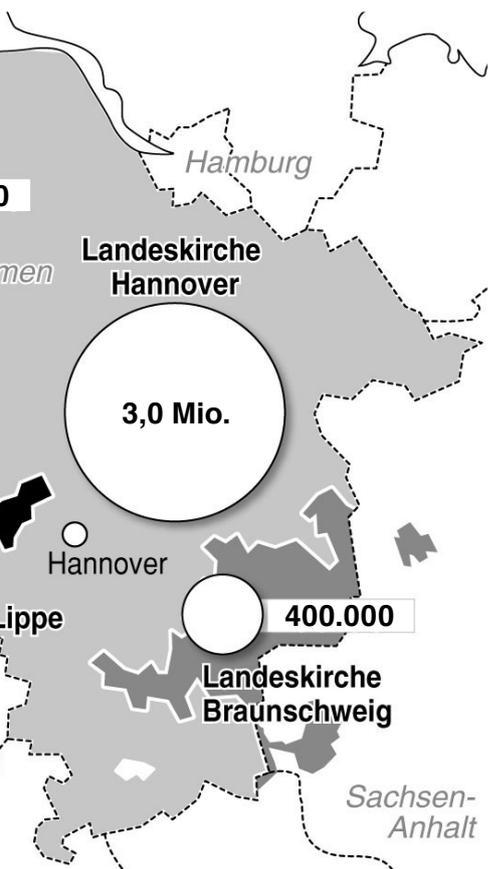
Die Dienstwohnungspflicht für Pastorinnen und Pastoren soll bleiben. Die Erfahrung zeige, dass nur so die Mobilität der Pastoren erhalten werden könne, sagte Oberlandeskirchenrat Rainer Mainusch. Er stellte der Synode die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Zukunft der Pfarrhäuser“ vor. Kirchenkreise und Gemeinden seien nicht mehr in der Lage, alle Pfarrhäuser zu erhalten. Die Gemeinden könnten künftig auch eine Dienstwohnung anmieten, wenn das Pfarrhaus nicht mehr finanzierbar sei.

Pressesprecher Johannes Neukirch sieht im 1.000-jährigen Bestehen der Michaeliskirche in Hildesheim eines der zentralen Themen des kommenden Jahres. Daneben gebe es weitere innovative Projekte. So werbe eine hannoversche Straßenbahn für das Projekt „Zukunft(s)gestalten“. Neukirch präsentierte das neu gestaltete Logo der Landeskirche. Das lilafarbene Facettenkreuz steht im Zentrum des Corporate Design, das zusammen mit dem Lutherischen Verlagshaus entwickelt wurde.

Der neue Finanzausgleich hat sich in seiner Neuordnung nach Ansicht von Oberlandeskirchenrat Rainer Mainusch im Grundsatz bewährt. Mit dem Gesetz habe die Synode ein Tor geöffnet zur Veränderung des Verhältnisses zwischen Landeskirche, Kirchenkreisen und Gemeinden: Eine eigenständige und umfassende Finanzplanung der Kirchenkreise ersetzt die alte Stellenplanung durch die Landeskirche. Viele Kirchenkreise hätten bereits die Chancen genutzt, über eigene Schwerpunkte nachzudenken.

st ein gemeinsamer Weg auf Augenhöhe“

In der Debatte sprachen sich die beiden Synodalgruppen GOK und LVK für die Kündigung des Vertrages der Konföderation aus. Einigen Kirchenparlamentariern ging dieser Schritt aber zu weit.



Der Sprecher der „Gruppe Offene Kirche“ (GOK) in der hannoverschen Synode, Jörn Surborg, plädierte dafür, Schritte einzuleiten, die zu einer Kündigung des Konföderationsvertrages führen. „Wenn wir nichts tun oder nur drohen, wird sich nichts ändern“, sagte er: „Was wir derzeit haben, ist nur unter großen Mühen entwicklungsfähig.“ Für die Gruppe „Lebendige Volkskirche“ (LVK) warnte Fritz Hasselhorn aus Sulingen davor, 200 Jahre alte Grenzen zur Grundlage der kirchlichen Identität zu machen. Die Grenzen der Landeskirchen gingen auf den Wiener Kongress von 1815 zurück. Die Kirche sei kein Verein zur Heimatpflege, sondern habe einen Auftrag. Bisher habe Hannover die übrigen Landeskirchen erheblich subventioniert. Jens Rannenber von den Diakonischen Heimen Kästorf in Gifhorn wandte ein, ohne Konföderation gebe

es kein Instrument mehr, um eine gemeinsame Kirche zu entwickeln: „Wir haben dann das Ziel einer gemeinsamen Kirche aufgegeben.“ Der Abt des Klosters Loccum, Altbischof Horst Hirschler, zeigte Verständnis für die Anliegen der kleineren Kirchen. Dort kämen auf einen Pastor zum Teil im Schnitt 1.500 Gemeindeglieder, in der hannoverschen Kirche liege das Verhältnis bei eins zu 2.800. Die Landesbischöfin antwortete darauf, auch in der hannoverschen Landeskirche gebe es Kirchenkreise, wo 1.500 Gemeindeglieder auf einen Pastor kämen, wenn sie eine eigene Landeskirche wären. Es gehe aber auch um die Solidarität zwischen Arm und Reich, Stark und Schwach. Sie verwies darauf, dass die hannoversche Kirche über viele übergemeindliche Dienste verfüge, von denen auch die kleineren Kirchen profitierten.

58 besondere Diakonie-Projekte hat die Kirche in den vergangenen drei Jahren gefördert. Dafür standen 2007 und 2008 insgesamt 240.000 Euro zur Verfügung, für das laufende Jahr 320.000 Euro, sagte Diakonie-Direktor Christoph Künkel. Für 2010 sind 400.000 Euro angesetzt. Gefördert werden vor allem Projekte für Familien, zum Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren, zur Einbindung Ehrenamtlicher in Pflegeeinrichtungen und zum geistlichen Profil diakonischer Einrichtungen.

Der Innovationsfonds hat seit 2003 insgesamt 73 Projekte mit zusammen 5,6 Millionen Euro gefördert. Die meisten entfielen auf die Bereiche Gemeindegarbeit und Ehrenamt mit 1,1 Millionen sowie auf Diakonie und Fundraising, sagte Superintendent Ulrich Wöhler aus Holzminden. Knapp 70 Förderanträge wurden abgelehnt, da die Projekte als vorbildlich, aber nicht innovativ eingestuft wurden. Die Synode stellte dem Fonds für 2010 wie schon im laufenden Jahr 1,2 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Umweltinitiative „Grüner Hahn“ und das Gebäudemanagement in Kirchenkreisen und Gemeinden sollen auf Wunsch der Synode kooperieren. Die Kirchenkreise seien verpflichtet, ein Gebäudemanagement aufzubauen, das auch den effizienten Umgang mit Energie berücksichtige, sagte der Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses, Armin Schubert aus Uslar. Die Datenbank, die dafür aufgebaut werde, sollte auch für die Gemeinden zugänglich sein, die sich am „Grünen Hahn“ beteiligen.



Viel Interesse an Freiwilligendienst

Junge Menschen, die für einen längeren Zeitraum als Freiwillige in Entwicklungsländern arbeiten, machen nach einem Bericht von Oberlandeskirchenrat Rainer Kiefer einmalige ökumenische und interkulturelle Erfahrungen. „Die Zahl der Bewerbungen war bislang immer höher als die der Stellenangebote“, ergänzte Ruth Scheffler-Hitzegrad aus Cadenberge für den Jugendausschuss und den Ausschuss für Theologie, Kirche und Mission. Die Bewerberzahl werde sich weiter erhöhen, da durch die Verkürzung der Schulzeit mehr Schüler gleichzeitig die Schule verließen. Die Synode beschloss, das Angebot auszuweiten. Jährlich sollen 40 Freiwillige entsandt werden.

Jugendarbeit muss etwas kosten

Jugendliche müssen nach Ansicht des Jugendausschusses mehr in den Mittelpunkt kirchlicher Arbeit gestellt werden. Der Ausschuss sehe mit Sorge, wenn Mittel gestrichen würden, sagte der Vorsitzende, Pastor Martin Runnebaum aus Gyhum. Die schulnahe Jugendarbeit öffne neue Horizonte. „Sie kann aber die Arbeit in den Gemeinden nicht ersetzen.“ Jugendarbeit müsse in der Ausbildung von Pastoren und Diakonen verpflichtend sein. Auch die Jugendarmut solle thematisiert werden, heißt es in Anträgen des Ausschusses. Für die Kirchenvorstandswahl 2012 soll verstärkt unter Heranwachsenden geworben werden. „Jugendarbeit muss etwas kosten, und zwar merklich mehr als bisher.“

15 evangelische Schulen bis 2020

Die Landeskirche möchte bis zum Jahr 2020 insgesamt 15 Schulen in evangelischer Trägerschaft gründen. Das Geld dafür sei gut investiert, sagte Oberlandeskirchenrätin Kerstin Gäfgen-Track: „Ohne Bildung gibt es keinen Glauben.“ Bildung sei deshalb ein reformatorisches Grundanliegen. Der Vorsitzende des Bildungsausschusses, Ministerialrat Rolf Bade aus Hannover, betonte: „Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit sind für das evangelische Bildungsverständnis bestimmend.“ Die Reformation lasse sich als Bildungsbewegung charakterisieren. Die Lehrerin Elisabeth Weiß aus Einbeck fragte, wie Kindern aus armen Familien trotz des Schulgelds der Zugang zu evangelischen Schulen ermöglicht werden könne. Es sei wichtig, nicht nur Gymnasien zu eröffnen: „Um ein deutliches diakonisches Zeichen zu setzen, sollten wir keine Eliteschulen einrichten.“ Gäfgen-Track unterstrich den „eisernen Grundsatz“: Der Besuch einer evangelischen Schule scheitere nicht am Geld.

Konfirmandenarbeit im Wandel

Bis November 2010 will eine Projektgruppe einen Vorschlag für eine Änderung des Kirchengesetzes zum Konfirmandenunterricht und eine neue Ordnung vorlegen. Oberlandeskirchenrätin Kerstin Gäfgen-Track skizzierte die Herausforderungen: die Entwicklung zu Ganztagschulen und den Abbruch der religiösen Sozialisation in den Familien. Eine bundesweite Studie stelle der Konfirmandenarbeit insgesamt ein gutes Zeugnis aus. Noch nähmen bis zu 90 Prozent der evangelischen Kinder daran teil. „Die Konfirmandenarbeit ist endlich konsequent von den Kindern her zu denken“, sagte Gäfgen-Track. Die Hälfte der Konfirmanden sage, der Unterricht nehme ihre Themen nicht auf, und Gottesdienste seien langweilig. Der Unterricht profitiere, wenn Haupt- und Ehrenamtliche ihn gemeinsam gestalteten, unter ihnen auch junge Teamer. Superintendent Michael Thiel aus Gifhorn beantragte, einen Kurs für erwachsene ehrenamtliche Mitarbeiter zu entwickeln.

Direktor warnt vor Ausgrenzung

Diakonie-Direktor Christoph Künkel warnte davor, arme Menschen auszugrenzen. Er kritisierte die Diskussion, ob es für die Betreuung unter dreijähriger Kinder Gutscheine oder Bargeld geben solle.

Darin schwingt mit, dass man armen Menschen nicht zutraue, mit Bargeld umzugehen. Um Armut zu überwinden, müsse vor allem in Bildung investiert werden. „In Deutschland ist Armut versteckte Armut“, sagte Künkel. Sie sei oft begleitet von großer Scham. Künkel rief die Gemeinden dazu auf, noch mehr Projekte gegen Armut zu starten. Zahlreiche Anträge auf eine Projektförderung aus Sondermitteln der Landeskirche belegten bereits das

Interesse. Nachdem die Landessynode 2007 angeregt hatte, dass Kirchengemeinden und Kirchenkreise über „Armut und Reichtum“ diskutieren sollten, stellte Künkel jetzt Rückmeldungen aus 33 Kirchenkreisen und 267 Kirchengemeinden vor. Danach haben die Kirchengemeinden 137 Projekte zur Armutsbekämpfung gestartet. Beispiele sind Lebensmitteltafeln, Hilfen zu Beschaffung von Schulsachen und Tauschbörsen.

Weniger Geld für Klinikseelsorge

Die landeskirchlichen Mittel für die Krankenhausseelsorge sollen sich künftig ausschließlich an der Bettenzahl der Häuser orientieren. Die Ausschüsse für Schwerpunkte und Planung und für Finanzen unterstützen ein entsprechendes Konzept des Diakonie- und Arbeitsweltausschusses. Danach werden die landeskirchlichen Mittel für die Krankenhausseelsorge bis 2020 deutlich gekürzt.

Die Stellen sollten nach Möglichkeit durch die Krankenhausträger oder Dritte refinanziert werden, sagte Oberstudienrat Fritz Hasselhorn aus Sulingen. Die Landeskirche könne die Mittel, die vor Ort bereitgestellt werden, durch Bonifizierung aufstocken.

Die Landessynode nahm wegen der unsicheren Situation vieler Krankenhäuser Abstand davon, eine solche Finanzierung auf sechs Jahre festzuschreiben.

Kindergärten im Wettbewerb

Kirchliche Kindertagesstätten müssen sich zunehmend dem Wettbewerb stellen. Die Kommunen orientierten sich bei der Trägerwahl fast ausschließlich an den Kosten, sagte der Präsident des Diakonischen Werkes, Christian Sundermann, in einem Zwischenbericht für den Diakonie- und Arbeitsweltausschuss. Im Kirchenkreis Uelzen hätten zwei Kommunen der Kirche gekündigt und einen billigeren Anbieter gewählt. In Celle stehe das bevor. Die anerkannte Qualität und gute Zusammenarbeit hätten dies nicht verhindert. Obwohl in die Finanzierung zu acht Prozent Kirchensteuermittel flössen, seien andere Träger billiger. Trotz der schwierigen Situation und eines Moratoriums der Landeskirche sei die Anzahl der kirchlichen Tagesstätten um etwa 2,5 Prozent gestiegen: „Eltern wollen evangelische Kitas für ihre Kinder.“

Sachgerecht und zukunftsweisend

Die Zusammenführung des Diakonie-Dezernats im Landeskirchenamt und des Diakonischen Werkes ist nach Ansicht des Diakonie- und Arbeitsweltausschusses sachgerecht und zukunftsweisend. Die Verbindung der beiden Bereiche sei mehr als ein juristischer Akt, sagte die stellvertretende Ausschussvorsitzende Gunda-Marie Meyer: „Es ist ein Zeichen nach außen.“ Auch der Rechtsausschuss sehe darin ein zukunftsweisendes Modell. Zu Jahresbeginn war Oberlandeskirchenrat Christoph Künkel als neuer Direktor eingeführt worden.

Mehr Geld für Zukunft(s)gestalten

Projekte gegen Kinderarmut können künftig mit einer höheren Förderung durch die Landeskirche rechnen. Die Eigenbeteiligung der Initiatoren bei „Zukunft(s)gestalten“ solle von 25 auf 15 Prozent sinken, sagte Diakonie-Direktor Christoph Künkel. Zudem würden Projekte drei statt wie bisher nur zwei Jahre lang unterstützt: „Wir wollen nicht nur ein Strohfeder abfeuern.“

Noch falle es Gemeinden oft schwer, Projekte zu initiieren und zu finanzieren. Um ein Zeichen gegen Kinderarmut zu setzen, hatte Bischöfin Margot Käßmann im vergangenen Jahr das Projekt ins Leben gerufen. Dafür stellte die Landeskirche rund eine Million Euro als Anschubfinanzierung zur Verfügung. Durch Fundraising will sie weitere Mittel einwerben. Bis Ende dieses Jahres seien insgesamt 432.000 Euro bewilligt worden.

Votum gegen Atomtechnologie

Die Landessynode lehnt nach einer kontroversen Debatte eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken ab.

Sie beschloss ein entsprechendes Votum, das für den Umwelt- und Bauausschuss von der Bautechnikerin Christa Dierks aus Gohrde eingebracht worden war. Es soll an die Bundesregierung, die Landesregierung und in der Kirche weitergeleitet werden.

Das Votum warnt davor, den Salzstock Gorleben weiter als atomares Endlager zu erkunden, ohne Alternativen zu prüfen. Es müsse transparente Kriterien für eine Endlagerung geben. Die Synode hält die Atomtechnologie für zu risikoreich. Sie akzeptiert sie auch nicht als Brückentechnologie, zumal es für den radioak-

tiven Abfall keine sichere Entsorgung gebe. Kontrovers diskutiert wurde eine Formulierung, nach der die Synode Bitten an die Bundesregierung richtet. Superintendent Gerd Bohlen aus Rhaderfehn sagte, die Kirche solle sich nicht so konkret in die Politik einmischen. Diakonin Theda Kruse aus Gartow entgegnete, die Synode müsse Position beziehen.

Vizepräsident Arend de Vries erläuterte, dass das Votum den Kirchenkreis Lüchow-Dannenberg unterstütze. Ein Teil des Salzstockes Gorleben liegt unter Grundstücken von Kirchengemeinden der Region.

Initiative für Bildungsstätten

Synoden-Präsident Jürgen Schneider hat das Landeskirchenamt gebeten, die fünf Heimvolkshochschulen (HVHS) ab 2010 als „Vorbildungs- und Fortbildungsstätten“ anzuerkennen. Damit sollen sie stärker im Fortbildungsangebot der Kirche verankert werden, sagte er als Pädagoge der HVHS Hermannsburg. Zugleich sollten im Haushalt jährlich mindestens 30.000 Euro für jede HVHS eingestellt werden. „Sonst könnte es für die Landesregierung so aussehen, als ob sich die Kirche aus der Erwachsenenbildung heraushalten will.“ Die evangelischen Heimvolkshochschulen waren im Zuge von Einsparungen in die Selbstständigkeit entlassen worden.

Dekadefonds gut gefüllt

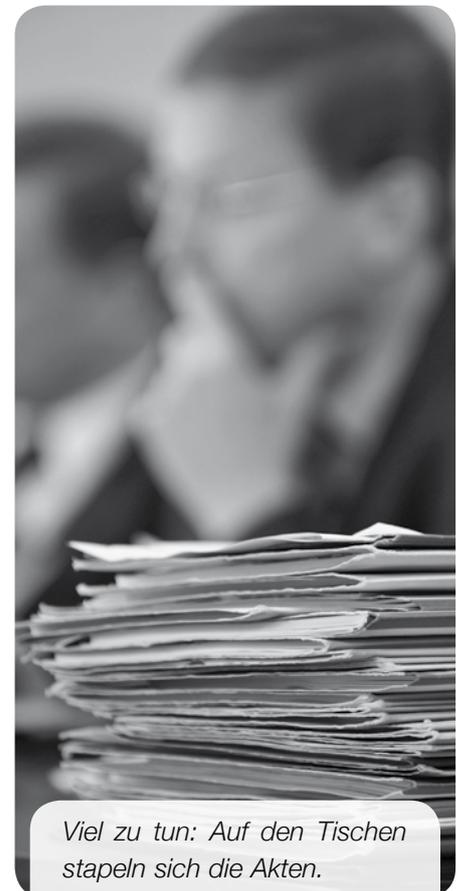
Der Dekadefonds für Projekte zur Überwindung von Gewalt ist nach den Worten von Oberlandeskirchenrat Hans Christian Brandy gut gefüllt: „Es ist noch Geld da.“ In den Gemeinden habe es zahlreiche Initiativen gegeben, unter anderem zur Gewaltprävention bei Jugendlichen.

Die Ergotherapeutin Ruth Scheffler-Hitzegrad aus Cadenberge bat darum, zu prüfen, wie die Internationale Ökumenische Friedenskonvokation 2011 in Jamaika zum Abschluss der Dekade in den Gemeinden begleitet werden könne.

Diakonin Kerstin Dede aus Hannover stellte den Antrag, zu prüfen, wie die Nachhaltigkeit der vom Weltkirchenrat getragenen Dekade weiter verfolgt werden kann.

Unterstützung der Kirche in Südafrika

Die Partnerkirche in Südafrika kann nach Empfehlung des Ausschusses für Theologie, Kirche und Mission wirksam durch Stipendien zur Ausbildung von Theologen unterstützt werden. Die Evangelisch-Lutherische Kirche im Südlichen Afrika (ELCSA) leide unter Personalmangel, berichtete Superintendent Gerd Bohlen aus Rhaderfehn. Pastoren wichen wegen schlechter Bezahlung in Regierungsämtern aus. Es fehle der theologische Nachwuchs. Die Bezahlung der Pastoren in den sieben Diözesen der ELCSA sei sehr unterschiedlich und reiche von umgerechnet 190 bis 700 Euro im Monat. Bohlen rief dazu auf, sich bei Partnerprojekten vom Evangelisch-lutherischen Missionswerk in Niedersachsen beraten zu lassen.



Viel zu tun: Auf den Tischen stapeln sich die Akten.

„Weitere Einsparungen sind unvermeidbar“

Die Finanzkrise schlägt voll auf die Kirche durch, die Kirchensteuern gehen um vier bis fünf Prozent zurück, und in den kommenden Jahren müssen weiter Stellen abgebaut werden.

Es waren nur wenig gute Nachrichten, die der Vizepräsident des Landeskirchenamtes, Rolf Krämer, der Synode überbringen konnte. Immerhin konnte er festhalten: „Wir bewegen uns nach wie vor auf dem vorgegebenen Konsolidierungskurs.“

Daran kann auch das Rekord-Defizit von 90,6 Millionen Euro nichts ändern, das die Landeskirche in diesem Jahr einfährt und aus Rücklagen abdecken muss. „Das ist das schlechteste Haushaltsergebnis in der Geschichte unserer Landeskirche“, sagte der Vizepräsident. Doch die Hauptursache dafür sei nicht dauerhafter Art, sondern eine Einmal-Zahlung an die Norddeutsche Kirchliche Versorgungskasse über knapp 78 Millionen Euro.

Mit Nachzahlungen in dieser Größe sei für die nächsten Jahre nicht mehr zu rechnen. Ohne die Einmal-Zahlung vermindere sich das Haushaltsloch auf rund 13 Millionen.

„Uns allen ist klar, dass wir die schwarze Null erreichen müssen“, betonte Krämer. Dennoch sei das bereinigte Ergebnis verkraftbar. Die Synode beschloss einstimmig einen Nachtragshaushalt für 2009 mit einem Volumen von 600,7 Millionen Euro. Ursprünglich waren nur 575,9 Millionen Euro und ein Defizit von neun Millionen eingeplant.

Insgesamt hat die Landeskirche 56,8 Millionen Euro weniger eingenommen und 24,8 Millionen mehr ausgegeben als geplant. Damit setzt sich laut Krä-

mer ein Negativ-Trend seit 1992 fort. Mittelfristig geht die Kirche von weiteren jährlichen Millionen-Defiziten bis 2018 aus. „Angesichts der negativen Prognosen kommen wir an weiteren Einsparungen nicht vorbei“, mahnte Krämer.

In den vergangenen Jahren sei es der Kirche gelungen, durch einen konsequenten Sparkurs die Leistungs- und Handlungsfähigkeit zu sichern. Zu den Mehrausgaben für das laufende Jahr gehören unter anderem Mittel für einen „Raum der Stille“ an der Universität Lüneburg sowie für evangelische Schulen, für die Stiftung Kloster Frenswegen bei Osnabrück und für die Landesgeschäftsstelle des Diakonischen Werks.

Ende für die Sprengelbeiräte

Künftig wird es keine Sprengelbeiräte mehr geben. Die Synode änderte in diesem Punkt die Kirchenverfassung sowie weitere Bestimmungen. Die Beiräte seien zur Beratung der Landessuperintendenten nicht mehr erforderlich, hieß es.

Eine weitere Änderung der Kirchenverfassung: Der Präsident der Landessynode wird künftig auch nach dem Ende seiner Amtszeit bis zur Wahl eines neuen Präsidenten Mitglied des Kirchensenats bleiben. Die Landessynode präziserte außerdem Gesetze zum Dienstrecht der Pfarrer, zur Wahl der Superintendenten und zum Arbeitsrecht der Kirchenbeamten.

Landeskirchenamt reformiert sich

Die Struktur des Landeskirchenamtes soll geändert werden. Statt der Dezernate solle es dann acht Abteilungen geben, sagte Präsident Burkhard Guntau. Weitere Änderungen, mit denen Sparziele erreicht werden sollen, werde es dann innerhalb der Abteilungen geben. Insgesamt müsse das Landeskirchenamt bis 2020 rund 35 Stellen einsparen – ein Drittel seines Personals. Nach einem Gutachten könnten aber nur bis zu 25 Stellen abgebaut werden, ohne die Leistungsfähigkeit zu gefährden. Das Landeskirchenamt habe durch das Gesetz auferlegte Aufgaben: „Die Bewegungsspielräume sind sehr gering.“

Verwaltung wird neu gestaltet

„Wir möchten die Verwaltung unserer Landeskirche grundlegend umgestalten.“ So leitete der Vorsitzende des Ausschusses für Schwerpunkte und Planung, Fritz Hasselhorn, seinen Bericht zum Zusammenschluss der Kirchenkreisämter ein. Die Fusionen allein reichten nicht aus, um die geforderten Einsparungen von 30 Prozent zu erreichen. Sie trügen aber dazu bei, die Leistungsfähigkeit der einzelnen Ämter zu erhalten. Diese müssten so ausgestattet sein, dass es in wichtigen Arbeitsbereichen jeweils zwei Mitarbeitende im gehobenen Dienst gebe. Das Vier-Augen-Prinzip müsse bewahrt werden.

Liebe Leserin, lieber Leser,

manche von Ihnen mögen überrascht sein: Ein neues Magazin, ein neues Printprodukt der Landeskirche Hannovers. Vielleicht wird daraus schnell die Frage: Muss das sein?

Das Präsidium der Landessynode ist überzeugt, dass es darauf nur eine Antwort gibt: Ja! Schon lange war es ein Wunsch der Landessynode, dass die Debatten und Entscheidungen des „Kirchenparlaments“ für alle, die sich dafür interessieren, schnell und übersichtlich geliefert werden.

Das Internet unter www.evlika.de/synode.php3 ist der eine Weg, wo die gute bisherige Arbeit fortgesetzt werden soll, das aktuelle Magazin „beraten und beschlossen“ der andere, der allen auch ermöglicht, darüber im Kirchenkreistag oder im Kirchenvorstand zu reden und die Konsequenzen der Entscheidungen der Landessynode zu bedenken.

Wir wünschen „beraten und beschlossen“ viele Leserinnen und Leser und laden Sie ein, so viele Hefte zu bestellen, wie Sie für sich privat oder für die Arbeit in Ihrem Umfeld brauchen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Schneider
Präsident der 24. Landessynode



Jürgen Schneider im Gespräch mit Synodalebüroleiter Thomas Och

Wolf von Nordheim verabschiedet

Mit stehendem Applaus hat die Synode den Vorsitzenden des Landessynodalausschusses (LSA), Propst Wolf von Nordheim, aus seinem Amt verabschiedet. Der 58-Jährige legt zum Jahresende auch sein Mandat als Synodaler nieder.

Nordheim tritt im kommenden Jahr eine Stelle im Kirchenamt der EKD an. Er gehörte der Landessynode von 1983 bis 1989 und von 1996 bis heute an. 1999 wurde er Mitglied des LSA, 2005 übernahm er dessen Vorsitz. Zuvor war er seit 2002 bereits stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses.

Schon diese Zahlen machten deutlich, wie stark er sich eingebracht habe, sagte Präsident Jürgen Schneider.

Er beschrieb Nordheim als „fromm, charmant, loyal und provokant“. Nordheim sagte sichtlich bewegt, er habe schon viele Aufgaben abgegeben und neue übernommen. „Das waren eine Menge Abschiede. Keiner fällt mir so schwer wie der von heute.“

Herausgegeben im Auftrag der
24. Landessynode der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche Hannovers
vom Lutherischen Verlagshaus GmbH,
Hannover, Knochenhauerstraße 38/40,
30175 Hannover

Redaktion:
Ulrike Millhahn (verantwortlich),
Michael Grau, Karen Miether
(epd Niedersachsen-Bremen)

Gestaltung und Layout:
Marc Vogelsang,
Lutherisches Verlagshaus

Fotos:
Jens Schulze

Druck:
Steppat Druck GmbH, Laatzen

Weitere Informationen und Bilder unter:
www.evlika.de/synode.php3

Wenn Sie sich zukünftig nach jeder Tagung der Landessynode der
Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers über die Tagung
informieren wollen und ein oder mehrere „beraten und beschlossen“

beziehen möchten, bestellen Sie dies beim

Lutherischen Verlagshaus GmbH, Knochenhauerstraße 38/40, 30159 Hannover,
Telefon 0511/1241-736, Fax: 0511/1241-705, E-Mail: synode@lvh.de